

## **GEW-PK 08/2018**

### **Schulstart: Was Schulamt und Kultusministerium verschweigen (Ingabritt Bossert)**

Alles gut beim Schuljahresbeginn? Das Staatliche Schulamt für den Main-Kinzig-Kreis und das Hessische Kultusministerium geben sich davon überzeugt und belegen das mit Maßstäben, die sie selbst gesetzt haben.

Schaut man sich die Realitäten an den Schulen jedoch mit einem vom politischen Erfolgsdruck befreiten Blick an – schließlich stehen in wenigen Wochen Landtagswahlen an und sowohl Kultusministerium wie auch Schulamt würden angesichts dieser Situation nicht mal den Rauch und die Flammen an einer offensichtlich in Brand geratenen Schule bemerken – ergibt sich ein völlig anderes Bild. Dieses möchten wir Ihnen unter verschiedenen Aspekten vorstellen:

#### **1. Das Märchen von der Unterrichtsversorgung: Wochenstunden an den Grundschulen (Anja Saling)**

Staatliches Schulamt und Kultusministerium versuchen, die Qualität der hessischen Grundschulen an den gestiegenen Stellenzahlen zu belegen. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass ein Großteil dieser neuen Stellen derzeit nicht besetzt werden kann und somit trotz der Stellen qualifiziertes Personal fehlt. Zudem werden in Hessen über die gesamte Grundschulzeit lediglich 96 Pflichtstunden unterrichtet. Das sind bis zu 15% weniger als in manchen anderen Bundesländern, wie etwa Hamburg oder Bayern. Dies geht zulasten der sich vom Kultusministerium selbst attestierten Bildungsqualität an hessischen Schulen und vermindert die Chancengleichheit für hessische Schülerinnen und Schüler vom Beginn ihrer Schulzeit an. Selbst wenn man die Pflichtstundenzahl nicht erhöht, wäre es dringend nötig, die Zahl der Förderstunden massiv zu erhöhen, um Lernproblemen gleich bei der Entstehung entgegenwirken zu können.

#### **2. Das Hessische Bildungssystem ist unterfinanziert! (Ingabritt Bossert)**

Um die Zielvorgaben des Bildungsgipfels von Bund und Ländern aus dem Jahr 2008 zu erreichen, müsste Hessen jährlich (!) ca. 5-6 Milliarden Euro mehr in Bildung investieren. Da dies jedoch unterbleibt und trotz Einnahmerekorden lieber der „schwarzen Null“ gehuldigt wird, werden wichtige Bildungsaufgaben wie die Inklusion oder die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler gefährdet, wenn nicht gar verhindert. Auch die Übernahme von Bildungsaufgaben, die in immer mehr Elternhäusern nicht mehr oder nur unzureichend wahrgenommen werden, oder eine Vorbereitung auf die Anforderungen einer zunehmend digitalen Lebens- und Arbeitswelt ist ohne eine Erweiterung des finanziellen Spielraums an den Schulen nicht möglich.

#### **3. Die Inklusion und das veränderte Schülerklientel erfordern erheblich größere Ressourcen (Jacqueline Fehr, Christiane Östreich)**

Inklusion ist ein Menschenrecht. Dieses Recht wird den betroffenen Kindern jedoch nur theoretisch gewährt, praktisch jedoch dadurch vorenthalten, dass die notwendige Ausstattung fehlt. Die Klassengrößen, die Förderstunden und damit notwendige Doppelbesetzungen sind an die Erfordernisse der Inklusion nicht angepasst. Verstärkend kommt hinzu, dass das Verhalten und die Lern- und Arbeitseinstellung der Schülerinnen und Schüler zunehmend problematischer werden. Dies zeigt sich ins-

besondere in den Bereichen des Sozial- und Arbeitsverhaltens. Darauf müssen wir intensiver als in der Vergangenheit reagieren. Dafür sind ähnliche Maßnahmen wie für die Inklusion erforderlich.

#### **4. Der Ausstattungszustand der hessischen Schulen ist katastrophal (Nicole Schleiff)**

Die Ausstattung der Schulen fällt nicht in die Zuständigkeit des Kultusministeriums bzw. des Staatlichen Schulamtes. Hier sind die Stadt Hanau und der Main-Kinzig-Kreis als Schulträger gefragt. Leider befinden sich durch den Investitionsstau bei den hessischen Kommunen unzählige unserer Schulen in einem desolaten Zustand. Gebäude fehlen oder verfallen, wichtige Ausstattung (wie z.B. moderne Medien) ist oftmals defekt oder gar nicht erst vorhanden.

#### **5. Die hessischen Lehrkräfte sind stark überlastet (Elisabeth Kretzschmar-Wegner, Jörg Engels)**

Neben dem Fehlen qualifizierter Fachkräfte insbesondere an Grund- und Förderschulen (wie bereits erwähnt: die Schaffung neuer Stellen ist als durchaus positiv zu begrüßen, aber bisher nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zudem können die meisten dieser Stellen wegen Versäumnissen in der Ausbildung neuer Lehrkräfte erst gar nicht besetzt werden) wirkt sich die Zunahme der außerschulischen Aufgaben negativ auf die pädagogische Arbeit der hessischen Lehrerinnen und Lehrer aus und beeinflusst die Bildungsqualität an den hessischen Schulen negativ. Durch den immer größer werdenden Dokumentationsaufwand, die vollständige Abwälzung der curricularen Entwicklungsarbeit an die Schulen und weiterer reiner Verwaltungstätigkeiten geht den hessischen Lehrerinnen und Lehrern immer mehr Zeit für den Unterricht mit den Schülerinnen und Schülern verloren. Analog dazu wachsen Überlastungserscheinungen des Schulpersonals, das oftmals versucht, unter Gefährdung der eigenen Gesundheit diesen Mangel durch eine unbezahlte und vom Ministerium unerfasste Erhöhung der Arbeitszeit auszugleichen. Arbeit bis in den späten Abend und an den Wochenenden ist für die hessischen Lehrerinnen und Lehrer die Regel und nicht die Ausnahme. Auch wird den Kolleginnen und Kollegen eine spürbare und gerechte Reduzierung der Pflichtstundenzahl seit Jahren vorenthalten. Die vom statistischen Bundesamt ermittelte durchschnittliche Arbeitszeit von 35,6 Stunden und auch die für hessische Beamte gültige Wochenarbeitszeit von 41 Stunden werden von den Lehrkräften regelmäßig deutlich überschritten. Daran ändern auch die Ferienzeiten nichts, die für die Kolleginnen und Kollegen in den wenigsten Fällen arbeitsfrei sind. Einer umfassenden Erfassung der Arbeitszeit der hessischen Lehrerinnen und Lehrer verschließt sich das Kultusministerium seit Jahren, um die Realitäten an den Schulen und deren Konsequenzen für die Lehrerinnen und Lehrer nicht anerkennen zu müssen.

Dass solche Arbeitsbedingungen bei mäßiger Bezahlung und geringen Aufstiegschancen für junge Menschen bei ihrer Berufswahl nur geringe Attraktivität besitzen, verwundert indes nicht...

Angesichts der geschilderten Situation sind dringende und sofort benötigte Maßnahmen

- die Erhöhung der personellen Ressourcen für Inklusion und individuelle Förderung

- eine deutliche Verringerung der Unterrichtsverpflichtung der hessischen Lehrerinnen und Lehrer
- ihre Befreiung von unterrichtsfremden Aufgaben
- die Verkleinerung der Klassen und Lerngruppen – auch an weiterführenden Schulen und an der gymnasialen Oberstufe

**Um sich auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten und die hessischen Schulen zukunftsfähig zu machen, muss (Jörg Engels)**

- die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an die wachsende Schülerzahl angepasst werden.
- der Ausbau von vollgültigen Ganztagschulen vorangetrieben werden, da nur sie den Betreuungsbedürfnissen der modernen Arbeits- und Familienwirklichkeit entsprechen und eine chancengleiche Bildung ermöglichen.
- die Anstrengung zur Umsetzung der Inklusion deutlich erhöht werden.
- der Aufbau einer Ausstattung gewährleistet werden, welche die Schulen in die Lage versetzt, ihre Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt vorzubereiten und ihnen alle Chancen auf einem globalisierten Arbeitsmarkt zu sichern.